

Schule

Antrag zur angemessenen Unterrichtsversorgung

Die PIRATENundPARTEI-Ratsgruppe fordert von der Stadt eigenes Engagement in der Bekämpfung des Lehrermangels und den damit zusammenhängenden Problemen in der Unterrichtsversorgung der Kinder an Göttinger Schulen. In einem Ratsantrag fordert die Gruppe die Stadt auf, sich mit dem Thema zu beschäftigen und konkrete Daten hierzu vorzulegen. Damit soll auf kommunaler Ebene eine Diskussion zu einem bundesweiten Thema eröffnet werden, bei dem bislang immer auf die Zuständigkeit der Länder verwiesen wird.

Laut Auskunft der Landesbehörde liegt die Unterrichtsversorgung an Göttinger Schulen im Schnitt bei 101 Prozent, was bedeutet, dass die Versorgung bei zahlreichen Schulen unter 100 Prozent, teilweise auch unter 90 Prozent liegt. Um Stundenausfall zu vermeiden, ist mindestens eine Versorgung von 105 Prozent nötig, wie es von Bildungsverbänden gefordert wird. Lehrkräfte selbst wünschen sich eine Unterrichtsversorgung von 112 Prozent, um Unterrichtsausfall wirklich vermeiden zu können.

Der stetige Unterrichtsausfall könne gravierende Folgen für die schulische Entwicklung aller Kinder haben, argumentiert die Ratsgruppe. Insbesondere aber für Kinder mit schlechterem Zugang zu Bildungsangeboten oder Handicap sind die Folgen katastrophal. Unterrichtsausfall an Grundschulen führt dazu, dass wichtige Grundlagen an den weiterführenden Schulen fehlen. Auch inklusive Angebote sind ohne qualifizierte LehrerInnen kaum realistisch aufrecht zu erhalten. Damit ist der chronische Lehrermangel kontraproduktiv für das Bildungsniveau im Ganzen und eine Gefahr für die Chancengleichheit im Besonderen. Sie wünscht sich zunächst einen Bericht, der verschiedene Aspekte und Möglichkeiten in diesem Zusammenhang auflistet, etwa ob es eine Meldepflicht für Unterrichtsausfall gibt, welche Pflichten der Stadt als Schulträger zukommen und ob Eltern die Möglichkeit haben, eine angemessene Unterrichtsversorgung einzuklagen.